

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Elbe“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Wehlstein, Nieder-Hermstorf, Bistubitz.

**Anzeigenpreis:** Die gewöhnliche Millimeterzeile ab deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennig. — **Reklamepreis:** Die Millimeterzeile 4 Goldpfennig ober deren Raum im Text 30 Goldpfennig.

Dienstag, 8. Juli 1924

**Verlagspreis:** Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2.—, wöchentlich 50 Pf. Einzel. durch Straßenhändler. Post 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Friedrichstraße 50. — Postkontos Breslau Nr. 810 50. — Fernsprecher: Breslau Ring 9937.

## Der Kampf der schlesischen Papierarbeiter.

Der Kampf der Ziegenhaler Papierarbeiter geht mit unverminderter Scharfheit weiter. Am Montag früh wurde auf Verlangen der Unternehmer die Schuppe eingeleitet. Angeblich weist 1/4 der Streikenden arbeiten wollen, so meinten die Unternehmer. Aber die Streikenden haben ihre Ausbeuter eines andern belehrt. Nur ein ganz kleiner Teil von Proletariern sind ihren Kollegen in den Rüden gefallen, arbeiten unter dem Schutze von Severings Polizisten. Wir werden die Namen der Streikbrecher im nächsten Bericht veroffentlichen. In der Fabrik von Wellende im Hirschberger Tal hat der Unternehmer die gesamte Belegschaft ausgesperrt. In Korfest bei Ziegenhal hat der Unternehmer den 10. Stundentag von der Belegschaft verlangt. In Krappitz OS. hat der Unternehmer der gesamten Belegschaft gefundigt. Papierarbeiter von Schlessen, merkt ihr, wo die Reise hingehet? Weil ihr euch nicht uns angeschlossen habt, werden Euch die Ausbeuter zum Dank alle miteinander aussperren, um den 10. und 12. Stundentag euch aufzubuden. Kollegen! Wenn die Aussperrung kommt, haltet fest zusammen und beugt euch nicht dem Diktat der Alexander Gumpert und Greulich in Kosel. An unserer eisernen Wand sollen sich die Herren den Schädel einrennen. Am Montag sind die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters, Oberpräsident Philipp in Breslau. Man darf gespannt sein was dort herauskommen wird. Kollegen, die Ihr im Streik steht, vergeht auch nicht diejenigen, die Euch jetzt in den Rüden gefallen sind, die sich den Schädel einrennen an den Drahtzaunen der Fabriken, wenn sie, von Streikenden verfolgt, des Morgens um 5 Uhr in den Betrieb im Galopp laufen. Haltet die Solidarität hoch und kämpft mit noch größerem Mut trotz des Hungers, der schon in euren Familien eingerissen ist, weiter und besser als bisher. Es kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werdet ihr die Richter sein.

## Betriebsbeschränkung bei Dierig.

Bedeutende Arbeitszeitverkürzungen werden in dem größten Textilwerke des Culenberges, bei der Firma Dierig, vorgenommen, die bisher im Gegensatz zu anderen Betrieben noch fünf Tage in der Woche arbeiten ließ. In dieser Woche wird aber nur noch an vier Tagen und von der nächsten Woche an nur noch an drei Tagen gearbeitet werden.

## Arbeiterkaufe gegen Faschistenpa.

(Eigene Drahtberichte.)  
Gera 7. Juli.  
Hier versuchten die Stahlhelmer, anfänglich ihrer Bannerweie, die Arbeiterschaft zu provozieren. Sie erhielten von derben Proletarienkauften die verdiente kalte Abreibung. Einige mußten ins Krankenhaus.  
Wenig pazifistisch, aber wirksamer als schwarz-rot-goldene Soldatenspielerchen.

## Herriots Polizei schützt die Gaarbundler.

(Eigener Drahtbericht.)  
Saarbrüden, 7. Juli.  
Am vergangenen Mittwoch wurde der Genosse Reinhardt verhaftet, weil er schuld an dem Totschlag eines Gaarbundlers in Saarbrüden haben soll. Der Vorfall war in Wirklichkeit folgender:  
Schon seit längerer Zeit versuchten Gaarbundler die Kommunisten in Saarbrüden zu provozieren. Hierbei haben sie oft ers Wohlverdiente Prügel empfangen. Am Dienstag kam es wiederum zu Reibereien.  
Ein Gaarbundler wurde vor einem Restaurant totgeschlagen. Auf Grund dieses Vorfalls entkamen die Gaarbundler eine wilde Kommunistenhetze und beschuldigten unsere Genossen, einen „Geheimbund“ gegen die Gaarbundler gegrundet zu haben. Auf Grund dieser Hetze unternahm die Gaarregierung einen Feldzug gegen die KPD, der am Sonntagabend begann und zu einer Reihe Hausdurchsuchungen führte, wobei Türen erbrochen und Bäcker geraubt wurden. In Dillingen wurden vier Mitglieder des Streikkomitees verhaftet.  
Diese Angriffe der Gaarbourgeoisie haben zum Ziel, der Arbeiterschaft des Vollerbundsverbandes den Achtstundentag zu rauben und Hungerlöhne zu diktieren. Deshalb schlagen sie ebenso wie die Kapitalisten im Reich gegen die KPD, los und sehen eine wustige Geheimbundehe gegen sie ein. (Herriot leant von Severing.)

## Verbot des „Echo des Ostens“.

Das „Echo des Ostens“ ist für 6 Wochen verboten worden. Der oberste Oberpräsident hielt es noch nicht einmal für der Wahrheit wert, die angeblich gefegwidrigen Stellen anzuführen, sondern begnügte sich mit der Angabe der beabsichtigten Artikel.

## Bauarbeiterstreik in England.

In England ist ein großer Bauarbeiterstreik ausgedroht, der schon über 1000 erfahrt hat. Die Gewerkschaften stehen auf Seiten der Streikenden.

## Die Klassenjustiz gegen die Streikenden.

Proletariermorde sind straflos. — Verteidigung des Streikrechts ist Landfriedensbruch.

Sonnabend standen vor dem großen erweiterten Breslauer Schöffengericht als Angeklagte der Schaffer Seidel, die Schaffersfrau Anna Forker, Martha Seidel, die Adertulcher Johann Glagel, Paul Schermann, Otto Rother Karl Glagel, Robert Linke, Franz Wohl, der Arbeiter Hermann Sattler, die Frau von J. Glagel, die Lohngartnerinnen Ernestine Stephan, Anna Demuth, Martha Blawid, Pauline Schreiber, Ida Reichert, der Lohngartner Stenzel, der Mietgartner Josef Marschall. Die Angeklagten sitzen ein Jahr in Untersuchungshaft.

Die Untersuchungshaft wurde den Angeklagten nicht angerechnet. Der Vorfall liegt der große Landarbeiterstreik vom vorigen Jahre zugrunde. Es war zur Erntezeit, im Juni 1923, als die Landarbeiter in Rothlurben und Umgebung in den Streik traten. Sofort wurde nicht nur die örtliche Polizei mobilisiert, sondern von dem „demokratischen“ Herrn Reichbormer ein Kommando Schutzpolizei gegen die Streikenden, zur Unterstützung unserer notleidenden Groagrarier hingeschickt. Selbstverständlich wirkte das Erscheinen dieser Polizeikräfte auf die ausgehungerte aber vollkommen friedliche, sich ruhig verhaltende Bevölkerung äußerst provozierend.

Trotzdem wäre es zu keinen Zusammenstößen gekommen, wenn nicht die Groagrarier

### Streikbrecher eingeleitet

und unter Polizeibedeckung auf ihre Gatter gebracht haltten. Als die Streikenden die Streikbrecher an der Arbeit zu hindern suchten, wurden sie in brutaler Weise von der Polizei angegriffen. In der Notwehr verteidigten sich die Streikenden gegen die äußerst roh vorgehende Polizei.

Aber anstatt auf Verlangen der Bevölkerung, die infolge der polizeilichen Ausschreitungen immer erregter wurde, die Schuppe zurückziehen, schickte Herr Reichbormer ein neues Schuppenkommando gegen die Streikenden ein, unter Führung eines schneidigen jungen Leutnants. Dieser verhaftete sofort eine große Anzahl Streikender. Die Menge wurde durch dieses provozierende Verhalten der Polizei noch mehr erregt. Auch Seidel wurde festgenommen, entflo jedoch wieder. Als die Menge die Freilassung der Verhafteten forderte, glaubte sich der Herr Leutnant bedrängt und ließ feuern.

Der junge Marschall wurde von einer Kugel tödlich getroffen.

Gegen den Mörder wurde natürlich nichts unternommen.

Bei einem Polizeibeamten ist jeder Mord Notwehr, bei einem Arbeiter ist jede Notwehr Mord.

Selbst der Landrat, ein gewiß nicht sehr arbeiterfreundlicher Herr verlangte die Freilassung der Verhafteten und setzte sie durch.

Das Gericht hatte 20 Zeugen geladen, fast ausschließlich Beamte der Polizei. Die Ankläger als Zeugen! Während man den Angaben der Angeklagten die Glaubwürdigkeit absprach, wurden die Aussagen der Beamten natürlich als voll beweiskräftig bewertet.

Das Gericht sprach den Angeklagten „mildernde Umstände“ an. Hören wir das Urteil, dann werden wir die Milde des Gerichts voll zu würdigen wissen. Es wurde erkannt wegen schweren Aufruhrs, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Unterschlagung, Nötigung und Beleidigung, je nach der Beleidigung des einzelnen

- gegen Johann Glagel auf 2 Jahre 1 Monat,
- gegen Seidel und Rother auf 1 Jahr 6 Monate,
- gegen Schermann auf 1 Jahr 7 Monate,
- gegen Linke auf 8 Monate,
- gegen Anna Glagel auf 8 Monate 2 Wochen Gefängnis.

Sattler, Marschall und sämtliche Frauen erhielten je 6 Monate Gefängnis.

Karl Glagel, Wohl und Stenzel wurden freigesprochen.

Marschall, Sattler und Linke wurden bei Zahlung einer Geldbuße von je 60 Mk. (für einen armen Proleten eine Unmöglichkeit) eine Bewahrungsrufe bewilligt, diese jedoch bei Rother, Schermann, Seidel und Johann Glagel abgelehnt.

Die versaillesmaige Garantie des Streikrechts ist eine leere Farce, wenn in der Praxis jeder Streik der Arbeiter durch die Hee der bürgerlichen Journaille bekämpft, durch Polizei und Militar verhindert, durch Streikbrecher, die von den Kapitalisten und Agrariern und deren Soldtruppen geschützt werden, unwirksam gemacht wird. Aber der Bourgeoisie genügen diese Mittel nicht. Sie verfolgt die Kämpfer über den Streik hinaus und läßt sie für Monate und Jahre ins Gefängnis werfen. Die Landarbeiter ganz Schlessens müssen diese Lehre beherzigen, die ihnen von dem Breslauer Klassengericht erteilt wird. Sie müssen erkennen, daß kein Gesetz das Streikrecht sichern kann, wenn sie es nicht selbst sichern, indem sie sich selbst beim Streik vor gelehridrigen Angriffen schützen.

## An die Betriebsräte Breslaus!

Der gewaltige Kampf der Bergarbeiter um Zuruberoberrung des Achtstundentages und Eringung höherer Löhne ist durch Verrat von Seiten der Arbeitsgemeinschaft erfolglos beendet worden. Aber im ganzen Reich toben die Kämpfe weiter. In der Metall-, Textil- und teilweise Kohlenindustrie (Gruben) kämpfen die Arbeiter um die verlorengegangenen Erwerbungsbedingungen weiter.

Diese Kämpfe werden wieder nutzlos sein, wenn große Teile von Betriebsräten und Arbeitern wieder so passiv abseits stehen und zusehen werden, wie man die einzelnen Berufsgruppen im Reich abwirgt.

Große Teile von Räten und Arbeitern erhoffen vom Parlament, daß ihnen von dort Heil widerfahren wird. Aber, Arbeiter, betrachtet Euch diese Institution in den letzten Jahren! Eine Erwerbungsbedingungen nach der andern ist Euch mittels derselben geraubt worden!

### Ernahrungsgesetz, Ausnahmezustände

haben zu Tausenden die Klassenbewuten Arbeiter in die Gefängnisse geworfen und verhungern lassen. Denkt an das Schwerkandgenabkommen,

das in einigen Tagen im Reichstage angenommen werden wird, das aber weiter nichts für uns bedeutet, als vollständige Kolonisierung und Verflourung Deutschlands durch das internationale Raubkapital. Die Schiedsgerichte haben für

### längere Arbeitszeit und Hungerlöhne

ge sorgt. Die Betriebsräte und Arbeiter im Reich erkennen immer mehr, daß nur die revolutionären Räte Vertreter der Ausbeuteten sind. Das Parlament der Proletariatskampfer kann nur die Betriebsratekonferenzen und Vollversammlungen sein.

Von dem bürgerlichen Parlament haben wir nichts zu erwarten! Nur ein Reich Deutschland wird uns helfen!

Der Ausschuß der oppositionellen Betriebs- und Erwerbungslosenrate von Breslau beschloß

zum Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, in den Zentralhallen, Westendstraße 51/53, eine Vollversammlung

einuberufen, um Stellung zu nehmen gegen dieses bürgerliche Schandparlament! Desgleichen haben die oppositionellen Betriebsräte erkannt, daß die

### Internationale Arbeiterhilfe

die einzige Organisation ist, die alle Proletariatskampfer, gleich welcher Partei angehörig, die sich in Not und Kämpfen um Eringung sozialer Rechte befinden, unterstützt. Wir haben deshalb die Internationale Arbeiterhilfe um Entsendung eines Vertreters ersucht. Die Tagesordnung der Vollversammlung ist:

1. Parlamentarismus und die Betriebsräte. (Referent: Reichstagsabgeordneter Haman.)
2. In welcher Weise hat die Internationale Arbeiterhilfe die Massenkampfe zur Zuruberoberrung des 8 Stunden-tages unterstützt? (Referent: Vertreter der IAS.)

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Nicht nur eure Räte schickt in diese Vollversammlung, um sie dort über euer Los beraten zu lassen, sondern nehmt selbst als Gäste an der Versammlung teil, um zu kontrollieren, wie eure Räte sich eures Schicksals annehmen. Die Räte und Funktionäre, die an der Vollversammlung teilnehmen, haben ihre Anwesenheit mitzubringen!

Mit proletarischem Grüß

Der Ausschuß der Oppositionellen Betriebs- und Erwerbungslosenrate.

Reichardt — Gruber



# Bercksleppung der Nachwahlen in Oberchslefen. Proleten, gebt die Antwort!

Die der „Vofalanzzeitung“ melbet, sollen die Nachwahlen in Oberchslefen erst im September stattfinden. Der Zweck dieser Bercksleppung ist durchsichtig. Bis September d. Js. sollen die Gewaltthaten durch neue Verfassungen, Monarchprozeffe gegen revolutionäre Arbeiter, amtliche Kommunistenbelegungen, Masseneinterkennungen von Kommunisten, Unterdrückung der Arbeiterpreffe und andere Terzormassnahmen, die Vorbedingungen zu schaffen, um den Kommunisten die zwei gewonnenen Mandate zu entreißen und Genossen Jadafa wieder ins Gefängnis zu sieden.

Nun, die Regierung und die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie werden die Rechnung ohne die revolutionäre Arbeiterschaft machen.

Die Proleten in Oberchslefen durchschauen die Gauneret die an ihnen verübt werden soll. Sie werden der Regierung im September erneut beweisen, daß das oberchslefsche Proletariat unter dem Banner von Sichel und Hammer steht und sich durch ihre Stimmzettel für die RPD. erneut gegen den Kapitalismus und für die proletarische Revolution entscheidet. Dieberkraft rüffet die SPD. um ihre verlorenen Mandate wieder zu erlangen, und die oberchslefsche Arbeiterklasse stellt Tausende von Mann in die bürgerliche Preffeinstelle um die nötige Waffensammlung zu machen.

Unsere Genossen in Oberchslefen werden trotz der Bercksleppung der Wahlen schon jetzt aus Wert sehen, um die Absichten ihrer Feinde zu durchschauen. Sie werden sofort mit den nötigen Vorbereitungen beginnen und den Waffekampf beginnen zur Aufrüstung und Revolutionierung der Massen.

Oberchslefsche Proleten, rüffet zu neuem Kampf, rüffet zu neuem Siegal

## Parlamentarische Schiebungen.

In den Paragraphen der Weimarer Verfassung sind ausdrücklich das Verhältnis der Reichseisenbahn und der Reichsbank zum Reich und die Regeln des Reichstages in der Steuer- und Zollbewilligung festgelegt. Es gibt wohl keine Paragraphen in der Weimarer Verfassung, die deutlicher und klarer die Rechte des Deutschen Reiches festlegen. Aber Bestimmungen und Paragraphen sind bekanntlich nur für Herrn Lobe da, und auch nur dann, wenn es gegen die Kommunisten, für die Reaktion geht. Jedoch wo es sich um die möglichst schnelle und unauffällige Unterwerfung des deutschen Volkes unter den Ententeimperialismus handelt, werden die Verfassungsparagraphen mit einem Federstrich beseitigt. Das macht man so:

„Das Kabinett wird zunächst eine Entscheidung des Justizministeriums darüber herbeiführen, ob die Gesetzentwürfe mit dem Sachverständigenrat zusammenhängen. Verfassungsänderungen sind, also einer Zweidrittelmehrheit im Reichstage bedürfen.“ (Die Antwort wird natürlich nein sein.)

„In den Parteien der Mitte und bei den Sozialdemokraten findet diese Auffassung Zustimmung.“

Also die einschneidende, die ganze deutsche Verfassung umwälzende Maßnahme, die Annahme des Sachverständigenrats, die die Uebergabe der Eisenbahn an einen internationalen Kapitalistenkonzern, der Reichsbank und ihres Geldes an das internationale Kapital bedeutet, die dem Reichstag das Recht der Steuer- und Zollbewilligung nimmt, um nur das Schlimmste herauszureiben, in keine Verfassungsänderung. Aber wenn ein Arbeiter kommunistischer Plakate hebt (s. B. Korzeinil), so ist das ein Verbrechen, gewalttätig die Verfassung zu ändern. In Verfassungsänderung und Verfassungsänderung ist eben etwas anderes. Man muß sich eben Lobe sein, um sich in diesen Bestimmungen auszuzeichnen.

## Minister der SPD. als bürgerliche Klassenrichter im Staatsgerichtshof.

Anfang Juni fand ein großer Prozeß gegen eine Anzahl Berliner Arbeiter wegen verbotener Handwergen, begangen durch Roffendiebstahl und Verbeiwaltung von Waffenlagern statt. Es war der Prozeß gegen die Genossen Hopmann, Schmidt u. a.

Die Verhandlung wurde von dem Senatspräsidenten Wierner ganz einseitig und mit der größten Voreingenommenheit geführt. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen der Verteidigung mit dem Vorsitzenden. Der Rechtsanwält Genosse Camerer charakterisierte das Gericht mit folgenden Anrufen:

„Das nennt man eine freie und unbeschränkte Verteidigung vor dem höchsten Gerichtshof der Republik?“  
Wegen dieses Anspruchs wollte man den Verteidiger in eine Disziplinarstrafe (1) nehmen.

Im Laufe der Verhandlung tauchten einige Beispiele durch aufreizende Bemerkungen gegenüber den Beklagten und der RPD. hervor. Der ehemalige preussische Innenminister, der Sozialdemokrat Wolfgang Heine trat ganz besonders als Kommunistenfeind hervor.

Der anwaltliche Genosse S. u. a. beantragte im Laufe der Verhandlung sehr kaputt und sehr rückwärtig dem Sozialdemokraten Heine die Maske vom Gesicht.

Als bei den Schlussworten der Angeklagten wieder Zwischfälle mit dem Vorsitzenden eintreten, erhob sich plötzlich der Genosse Hopmann und zeigte mit ausgestrecktem Arm auf den Richter Wolfgang Heine, der eben eine sehr schließliche Bemerkung gemacht hatte und ließ die erregter Stimme in den Saal:

„Es ist eine Schande — das sind Sozialdemokraten! Da sieht der Minister Wolfgang Heine, der den Scheiterhaufen gegen die Arbeiter herangeschoben hat und beim Rapp-Puff als erster flüchtet!“

Belobenscharakteristisch ist es, daß der Richter Wolfgang Heine mitgebracht behauptete, die russische Handelsdelegation in den Prozeß hineinzuwickeln.

Nach dieser Geschichte der Richter des Staatsgerichtshofes ist es nicht verwunderlich, daß das Urteil bei weitem über den Antrag des Reichsanwaltes hinausging. Während der Reichsanwalt für die wahren Angeklagten Haftstrafen beantragte, verhängte das Gericht gegen Hopmann 4 Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen Schmidt, Beckert und Pfeiff sowie Krill je 2½ Jahre Gefängnis und je 3000 Mark Geldstrafe, gegen Lobe 5 Monate Gefängnis.

Wiederum und zwar wurde die Genossin Eha Klassen werden freigesprochen.

## Russische Silberfäule.

Die russische Regierung hat England den Antrag erteilt, 80 Millionen Silberne Halbbrunnen zu gießen, und hat dazu die Eisenbahnen und die Prägeanstalten beauftragt. Die Münzen werden zu 9 Teilen aus Eisen, zu einem Teil aus Kupfer bestehen.

Sonr Volksbewehrung und Silberfäule — hier Kapitel zwei und Zusammenfassung: Kommunisten überwinden.

## Ein russischer Brudergruß!

Genosse Korzeinil, den die Breslauer Polizei fast ein ganzes Jahr hinter Kerkermauern gefangen hielt, sendet uns aus der Freiheit folgenden Gruß:

### Liebe Genossen!

Wie Euch bekannt ist, habe ich monatelang hinter Kerkermauern zugebracht, und doch ist die Stunde der Befreiung gekommen. Es wird auch bald die Stunde der Revolution und unser Sieg kommen. Denn unser Sieg ist die Befreiung des Proletariats und die Befreiung unserer Genossen aus den Kerker.

Nun Genossen! Während dieser Zeit, die ich im Kerker verlebt habe, hatte ich die Möglichkeit, mich mit vielen Genossen zu treffen, die auch schon monatelang in den brutalen Ketten der deutschen Klassenjustiz schmachten. Aber die Genossen haben trotz alledem nicht den Mut verloren. Je mehr die Klassenjustiz uns unterdrücken wird, desto schneller



werden wir die Ketten zerreißen. Wir werden nicht zurückweichen, sei es Kerker oder Tod. Lieber im Kampfe sterben als mit dem Hungertode ins Grab fallen, sowie unsere Vorkämpfer Karl und Rosa auch vor nichts zurückgeschreckt sind, was ihnen die Reaktion in den Weg gelegt hat. Sie haben jahrelang in den Kerker geschmachtet und sind für die proletarische Revolution gestorben.

Nun, liebe Genossen, wir müssen Nachfolger unserer Genossen Karl und Rosa sein. Wir müssen kämpfen und siegen, dann wird die Welt unser sein und müssen diese kapitalistische Gesellschaftsordnung zum Teufel jagen und eine neue Gesellschaftsordnung, ich meine eine kommunistische Gesellschaftsordnung ins Leben rufen, damit die ganze Menschheit vom Joche des Kapitalismus befreit wird.

Liebe Genossen, nur den Kopf nicht lange hängen lassen, immer den Kopf hoch!

Nicht zagen, nicht flüchten,  
Nur mutig gestritten!  
Für Freiheit und Recht,  
Kämpft sich's nicht schlecht.

Mit revolutionärem Gruß

Josef Korzeinil.

## Die Wirtschaftskrise.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:  
Die Schwere der wirtschaftlichen Krise kommt in einem starken Answellen der Zahlen für Konturte und Geschäftsausfälle deutlich zum Ausdruck. Die Zahl der Konturte, die nach dem Verfall im November vorigen Jahres mit acht Konturten fast von Monat zu Monat eine Verdoppelung erfahren hat, ist nach unseren Aufzeichnungen im Juni auf 579 gestiegen gegenüber 322 Konturten im Mai, womit der Monatsdurchschnitt der Vorkriegszeit mit 700 bis 800 Konturten nahezu erreicht sein dürfte, wenn man die Gebietsverluste (auch die Konturte des Saargebietes sind nicht inbegriffen) in Betracht zieht. In der Konturtenziffer für Juni, die etwa dem Vorkriegsdurchschnitt entspricht, kommt indessen die Krise der deutschen Wirtschaft weniger zum Ausdruck als in der Zahl der Fälle, in denen eine Firma unter Geschäftsaufsicht gestellt wird. Von der erst seit dem Kriege bestehenden Einrichtung der Geschäftsaufsicht, deren Voraussetzungen und Handhabung bekanntlich vor wenigen Wochen durchgehende Änderungen erfahren haben, wobei u. a. auch die öffentliche Bekanntgabe der betreffenden Firmen erfolgt, haben nach unseren Aufzeichnungen im Juni 592 Firmen Gebrauch gemacht. Für Mai wurden nachträglich 414 Fälle vor Geschäftsaufsicht veröffentlicht, und für die Zeit vom Januar bis April 43 Fälle. In weiteren 94 Fällen ging aus der Beschuldigung nicht hervor, zu welchem Zeitpunkt die Geschäftsaufsicht ausgesprochen wurde. Der größte Teil der letzteren dürfte noch auf den Monat Mai entfallen. Die Zahl der im Juni angeordneten Geschäftsaufsichten dürfte sich nachträglich noch erhöhen, da die Beschuldigungen für eine Reihe wichtiger Fälle, darunter z. B. auch Berlin, noch nicht erfolgt sind. Angeordnet wurde die Geschäftsaufsicht in 15 Fällen.

Die Zahlen der „Frankfurter Zeitung“ geben nur ein schwaches Bild von der Größe und Schwere der Krise der deutschen Wirtschaft. Der Vergleich mit den Vorkriegsziffern läßt die Krise leichter erscheinen als sie ist. Denn in der Vorkriegszeit hatte das Unternehmertum in der Preisgestaltung noch nicht eine betrieblige Rechtsprechung gegenüber den Verbrauchern, in der Hauptlage der wirtschaftlichen Massen erzwang sie in und nach dem Kriege. Außerdem fiel damals die Unterstützung der schwachen Unternehmen durch die Regierung fort, wenigstens in dem Ausmaße, wie es die Nachkriegszeit mit sich brachte. Des weiteren werden eine große Anzahl Konturte durch sogenannte „Sondergesetze“, zu deutsch: „Heinrichsreden“, verschleiert, bei denen nicht der Rechtszustand zum Grunde gemacht wird, sondern derjenige, der ihn „sanft“, das heißt, ankaufte.

## Endgültiger Zusammenbruch der „linken“ SPD

Am 29. Juni hat in Zwickau dem Hauptbollwerk der „linken“ linksen Sozialdemokraten der sozialdemokratische Bezirksparteitag stattgefunden. Alle „Linken“, die dort geredet haben, haben nicht einmal mehr ein Wort des Protestes gegen die „Erledigung“ der jüdischen Frage auf dem sozialdemokratischen Parteitag gewagt, dagegen wählten sie alle in Kommunisten.

In Frankfurt a. M. führt die Stadtverordnetenversammlung die üblichen Versäumnisse der Geschäftsordnung gegen die Kommunisten ein. Die „Linke“ sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ billigt in einem langen Heftartikel gegen die Kommunisten ausdrücklich die neue Geschäftsordnung. Zwischen ihr und dem „Vorwärts“, der die gleiche Beschuldigung der Geschäftsordnung in der Stadtverordnetenversammlung in Halle rechtlich begründet gar kein Unterscheid

## Gegen den Polizeiüberfall im Landtag.

### Protest der RPD-Fraktion.

Die Fraktion der kommunistischen Partei erhebt den schärfsten Protest gegen die vom Präsidenten zugelassene Hausdurchsuchung in den Räumen der kommunistischen Fraktion, bei der von unkontrollierbaren Polizeilaganten die Schränke der kommunistischen Abgeordneten erbrochen und Schriftstücke, die für die parlamentarischen Arbeiten notwendig waren, entwendet wurden. Dieser in der Geschichte des Parlamentarismus einzig dastehende Vorfall ist ein Zeichen dafür, daß der kapitalistische Staat zur Durchführung seiner arbeitserwidrigen Maßnahmen auch von der Zerstörung der letzten Reste „demokratischer“ Verfassungsrechte nicht zurückschreckt.

Die kommunistische Fraktion erhebt dagegen besonders Protest, daß der Präsident es nicht für nötig befunden hat, selbst bei dem Erbrechen der Schränke und der Fortnahme der Schriftstücke anzuweisen zu sein, und daß der Präsident es auch nicht für nötig befunden hat, die kommunistische Fraktion von den Hausdurchsuchungen zu unterrichten.

Den allerhöchsten Protest erhebt die kommunistische Fraktion dagegen, daß der Präsident in einem Schreiben an den Landgerichtsdirektor Vogel es für möglich erklärt hat, daß in den Räumen, die von der kommunistischen Partei benützt werden, Materialien sich finden, von denen die Aufführung und Vervielfältigung vollendet oder verbotener Verbrechen des Mordes zu erwarten ist.

### Die kommunistische Fraktion beantragt:

1. Der Reichstagenrat ist sofort einzuberufen,
2. Der Reichstag ist sofort einzuberufen,
3. Der Präsident hat sich sofort ein Verzeichnis der entwendeten Schriftstücke zu beschaffen und dem Fraktionsvorsitzenden der kommunistischen Partei auszuhandigen.
4. Der Präsident hat die sofortige Rückgabe des entwendeten Materials an die kommunistischen Abgeordneten zu veranlassen.
5. Der Geschäftsordnungsausschuß ist sofort einzuberufen, um das entwendete Material daraufhin zu prüfen, ob der Verdacht des Präsidenten, daß sich in den Räumen der kommunistischen Partei Material befindet, durch dessen Beschlagnahme Verbrechen des Mordes verhindert werden können, begründet ist.
6. Der Präsident hat der kommunistischen Fraktion sofort öffentlichen Genugtuung zu geben.

## Ein neuer Versuch und Neinsfall.

Die Meldungen, die die bürgerliche und sozialdemokratische Presse über die Hausdurchsuchung im Landtag bringen, sind nicht nur widersprechend, sondern ihres ganzen Aufmachung nach dazu angelegt, die ganze öffentliche Meinung mit einer Vogromstimmung zu erfüllen. Erst ganz allmählich müssen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter sich ein wenig mehr zur Wahrheit bekennen. Wenn die „Schlesische Bergwacht“ als ein sozialdemokratisches Blatt den Vogel abschießt mit der Ueberschrift: „Die Täufel im Reichstage“, so wundern wir das nicht. Die „Volkswacht“ ist schon viel gemäßigter und will abwarten. Doch der „Vorwärts“ läßt schon mitteilen, daß alles Geheul umsonst war, daß weder „wichtiges“ Material noch von den Kommunisten stammende Munition gefunden wurde. Alle Maßnahmen gegen die RPD., alle Lügen, Spießberichter usw. werden uns klar, wenn wir an eine Erklärung der Reichsregierung denken, die folgenden Inhalt hat: „Die Arbeit zur Durchführung des Sachverständigenrats ist von der Reichsregierung durch gewisse innerpolitische Vorgänge, vor allem durch die kommunistische Setze sehr erschwert.“

Alle Kräfte müssen jetzt in Bewegung gesetzt werden, um die Verfassung der deutschen Arbeiter und Kleinbauern durch das Sachverständigenratsgesetz durchzuführen. Die SPD. reicht sich mit den Deutschnationalen die Hände, um mit den gemeinsten Mitteln die revolutionäre Arbeiterschaft niederzufüttern. Es soll ihnen nicht gelingen.

## Sich bleibe, bis ich fliege.

Der englische Premierminister erklärte in Wales, nachdem er seine siebente Niederlage im Parlament erlitten hatte, daß er solange im Amt bliebe, bis er noch eine schwerere Niederlage erleide.

Macdonald bemüht sich zwar, sehr gute Politik im Interesse der englischen Lords und Kapitalisten zu machen, aber immer ist man noch nicht mit ihm zufrieden. Da die Macdonaldpartei über keine Mehrheit verfügt, wird wohl auch die schwerere Niederlage nicht ausbleiben, und der Lafai kann geben.

## Die Mitglieder für die gewerkschaftliche Einheit gegen die Bürokratie.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 7. Juli.

Wie überall, so versuchten auch in Hamburg die Amsterdamer, den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit Unterstützung des Hauptvorstandes zu sprengen. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung im „Volkshaus“ nahm einstimmig eine Protestresolution gegen das Verhalten des Hauptvorstandes an, in der erklärt wurde, daß die Hamburger Gemeindearbeiter es nicht dulden werden, daß der Hauptvorstand seine Zerpfünderungsabsichten auch hier durchführt.

## Aus der Partei.

### Zum Ausschluß Wenders:

Der „Vorwärts“ vom 28. Juni, Morgenausgabe bringt den Enttritt des Abg. Wenderl in die Sozialdemokratische Fraktion des Baprischen Landtags. Die „theoretische“ Begründung entspricht ganz dem praktischen Verhalten des Wenderl. Die eiserne Logik der Entwidlung der Klassenbeziehungen zum Machtkampf schafft Klarheit innerhalb der Reihen des Massenbewußten Proletariats. Es werden ausgeschieden alle diejenigen, die (wegen Feigheit vor dem Feind) es ablehnen, bei den gegenwärtigen und kommenden Auseinandersetzungen aktiv einzugreifen, die es (aus Bequemlichkeit- und Sicherheitsgründen) verschmähen, revolutionäre Arbeiterkämpfe, die sich weigern, der proletarischen Disziplin Folge zu leisten. Schädlinge in den Reihen der Arbeiterschaft, die nur dann nützlich werden, wenn sie rüchloslos daraus entfernt werden. Einer von diesem Typ ist Wenderl und wir empfehlen ihn herzlich gern der Sozialdemokratie. Formell ist noch zu sagen, daß Wenderl am 2. Juni aus der kommunistischen Fraktion und wenige Tage später aus der Partei ausgeschlossen wurde. Das Urteil wollen wir gerne den Wähler überlassen, die zu gelegener Zeit schon zum Ausdruck bringen werden, ob sie den Royalisten Wenderl oder die Partei der Revolution gewählt haben.





### Wie ich meine Betriebszelle schuf.

(Aus einem mittleren Betrieb.)

Die Betriebszellenfrage steht heute im Mittelpunkt aller Parteidiskussion. Sie ist zweifellos eine der wichtigsten und es ist unbedingt erforderlich, daß sich sämtliche Genossen dafür nicht nur interessieren, sondern auch aufs allpflöste auf diesem Gebiet tätig sind. Gar mancher wird sich die Frage vorlegen: „Wie gründe ich eine Betriebszelle?“ Es ist wahr, wenn man die „Ratschläge“ und „guten Rinte“ der Zentrale studiert, scheint nichts einfacher zu sein. Ich gebe zu, daß die Schwierigkeiten, eine gut funktionierende Zelle in ein Leben zu rufen, in einer größeren Fabrik oder Werkstatt, wo die Kontrolle über die Arbeiter nicht allzu streng ist, nicht so groß sind, als daß sie nicht überwunden werden könnten. Anders steht es um einen kleineren Betrieb, wo der Meister oder gar der Unternehmer selber jeden seiner Arbeiter stündlich im Auge und in Kontrolle hat. Gar viele der Genossen werden das am eigenen Leibe erfahren haben, und mancher hat auch schon die Konsequenzen ziehen müssen.

Ich bin in einem kleinen Betriebe beschäftigt, von dem weit bekannt ist, daß ein Arbeiter kaum fünf Minuten nicht unter Aufsicht steht. Trotz allem trug ich mich vom ersten Tage meines Eintritts an mit dem Gedanken, die noch scheinbar ziemlich trügen Kollegen aus dem Schlafe aufzurütteln und eventuell nach Genossen zu sondieren. Schwer war es, sehr schwer. Von Kollegen hörte ich, daß der „Meister“ dafür besorgt war, daß ein jeder, der auch nur irgendwie verdächtig war, revolutionäre Strömungen unter die Belegschaft zu tragen, mit dem Straßenspfaster Bekanntschaft machte. Es hieß also vorsichtig sein.

Ich suchte also — da ich keinen anderen Rat wußte — es so einzurichten, daß ich bei Fabrikabschluss als letzter den kleinen stillen Raum aufsuchte und dort die Wände über und über mit kleinen Handzetteln besetzte. Wer diese dran ließ, mußte also ein Sympathisierender, wenn nicht gar ein Genosse sein. Am nächsten Tage behielt ich die Tür zum Geheimkabinett fest im Auge und suchte unter Vorhütung einer bekannten Krankheit jedesmal nach Bemerkung durch einen Kollegen den oben genannten Raum auf. Das erstmal: „Aha! Es hängt noch alles!“ Wer war drauf? Gemerkt! Das zweitemal: „Es hängt noch alles!“ Wer war drauf? Gemerkt! Das drittemal: „Alles ab. Aha! Das war keiner von denen, mit denen ich Freundschaft suchen mußte.“

So trieb ich es einige Tage lang, und in diesen Tagen lernte ich sie alle bis aufs Herz kennen.

Ich mischte mich ins Gespräch zwischen Kollegen, die ich schon heimlich zu Genossen rechnete, um sie weiter auszuhorchen, und siehe, da hatte ich den ersten, der mir sein Mitgliedsbuch zeigte. Jetzt arbeiteten wir Hand in Hand, nahmen die Kollegen einzeln vor, bearbeiteten sie, wie man sie in solchen Fällen bearbeiten muß — und der Erfolg war verblüffend. Nicht weniger als acht Genossen fanden sich in dem Betriebe zusammen, und sie erklärten mir alle, daß einer dem anderen mißtraute. Keiner wagte es, den Versuch zur Gründung einer Zelle zu unternehmen. Seht „steht“ sie.

Wir freuen uns unseres Erfolges, und wenn wir uns auch im Betrieb nicht allzu maßig machen dürfen, von wegen „Straßenspfaster und so“, so haben wir doch durch Gespräche auf dem Nachhausewege schon manchem Kollegen über die verätherliche Politik der SPD, über das schamlose Vorgehen der Unternehmer und die unwürdige Behandlung durch die Meister die Augen geöffnet. Wir können bevorstehenden Lohnkämpfen mit Ruhe entgegensehen und sind überzeugt, daß unsere Arbeit und Mühe nicht umsonst gewesen ist, zumal acht kräftige Stimmen bei einer Belegschaft von 50 Mann in Betriebsversammlungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

### Von unserer Betriebszelle „Friedenshoffnung“ Hermsdorf.

An die Mahnung, keine halben Schichten bzw. Ueber-schichten zu machen, haben sich die Kumpels doch gehalten. Auf unserem Werke ist ein merklicher Rückgang der Ueber-schichten zu beobachten. Ein Grund dazu sind ja auch die schlechten Ernährungsverhältnisse. Trotzdem fühlen sich einige Beamte des Wertes dazu berufen, die Leute zu zwingen, halbe Schichten zu versparen oder 12 Stunden fürs Kapital unter Tage zu schaffen. Besonders dazu berufen fühlt sich Herr Steiger Conrad von der dritten Abteilung. Dieser reaktionäre Geselle kommt da vor die Verlichteten und bestimmt die Kumpels noch am selben Tage, an der Schicht noch weitere vier Stunden zu arbeiten. Ohne Rücksicht darauf, daß nach acht Stunden der Hunger sich bemerkbar macht, Lehnen es die Leute ab, dann versucht der noble Herr, die Kumpels einzuschüchtern mit den Worten: „Ihr wißt wohl noch nicht, daß jetzt ein anderer Wind weht. Ich will kein n von Euch beim Schwächte sehen.“ Also, Bergarbeiter, auf-gehört! Das Kapital fühlt die Bahn frei zur reifsten Nieder-impfung. Darum nehmt Stellung in Betriebsver-sammlungen gegen die Herausforderung. Zeigt dem Herr-chen durch Zusammenstoß, daß es noch nicht so weit ist. Hallet die Siebenstundenschicht hoch. Weht diesem Kapitalknecht Con-rad die richtige Antwort. Keine Stunde Mehrarbeit.

Ein Bergarbeiter.

### Das Rauchverbot bei Firma Bihardt AG.

An jeder Ecke der Bihardt'schen Spinnerei sind große Tafeln angebracht: „Rauchen verboten.“ Dieser Satz kam nun der Sohn des Generaldirektors Richter, mit der Zigarette im Munde, frisch über den Hof. Ein Arbeiter wollte wohl Herrn Richter junior vor Entlassung bewahren und machte ihn auf die Befanntschaften betreffs des Rauchverbotes aufmerk-sam. Da kam er aber schon an. Dieser Herr meinte nämlich, das Rauchverbot betraf bloß die Arbeiter. Er sei der Sohn des Generaldirektors und könne machen, was er wolle. Außer-dem werde er seinem Vater schon mitteilen, was für ruppige Leute im Betriebe sind.

Ra also, Arbeiter. Die Verbote sind nur für Euch da, wie die anderen Verbote alle. Die Herrschaften kümmern sich den Dreck darum. Ein Beispiel, so was Verbote heraus-zurufen!

### Die flammestichen Zwillinge der Glashüttenwerke AG.

Vertrieben im Alter und doch gleich im Prinzip sind sich die beiden Antreiber der hiesigen Glashütte. Zuerst zu Ewald Bittner. Dieser Mann war vor kurzem noch Glasmacher und überrevolutionär. Als Vorsitzender des Betriebsrates gelang es ihm, alle Kollegen über seine wahre Gesinnung zu täuschen und den großen Raub zu riskieren. Als man in der Partei ihm mißtraulich begegnete, trat er kurzer Hand aus und bezeichnete sich als Anarcho-Syndikalist, ein „Schrecklicher“ Name. Die Kommunistische Partei leistete nach seiner Ansicht zu wenig revolutionäre Arbeit. Eines Tages stand Bittner, im Krage, als wohlbestallter Hütten-meister, vor der erstaunten Belegschaft. Er wollte gleich mit Sie angeredet sein und räumte rücksichtslos mit allen Vor-rechten der Glasmacher auf. Da er seine Kreaturen unter ihnen hat, so steht man diesem Treiben machtlos gegenüber. Sibepausen oder Bier holen gibt es nicht mehr. Die Schmelze zur Diktation ist schon ganz blank von seinem diesen Raub-und Reinlausen.

Unter ihm ist auch noch der Platzmeister Müller angestellt. Dieser, ein alter Dattel, hat vergessen, daß er, als die Hütte nicht im Betrieb war, in der „Drahtbündelste“ von seinem Namensvetter Müller elend gerührt wurde.

Es war sein schlechter Schachzug der Diktation, den Bittner zum Hüttenmeister zu machen; so war man ihn als Betriebs-rat los und hatte ein gefügiges Werkzeug. Bei jedem Vorfall so etwas natürlich nicht. Nur ehrvergessene Arbeiter schnap-pen nach Posten und geben ihre Gesinnung preis. Arbeiter der Hütte! Laßt Euch nicht abhalten, dem Treiben dieser zwei Mustereispiele entgegenzutreten. Bei der großen Ab-rechnung stehen sie mit einem Schuldfonto da. Im übrigen müssen wir, daß Sklaven, wenn sie erhöht werden, schlimmere Sklavenböge sind, als ihre Vorgänger, aber sie sind doch bloß Sklaven.

### Neues von Hesse (Möbelfabrik) Sieban.

Der Jugendgenosse Kleinpeter hatte vor 14 Tagen durch die Post gekündigt bekommen und holte sich dieser Tage seine Papiere. Er ging ins Lohnbüro und verlangte ein Zeugnis über die Arbeitsdauer. Der Betriebsleiter Sittich bemerkte dazu, daß sein Zeugnis nicht zum Besten ausfallen wird und mit der Arbeiter: da für verantwortlich machen, daß sein Bruder Max sich mit 10 Mark Vor-schub enterni hatte. K. sagte, als der Schwarze immer mehr schrie: „Herr Betriebs-leiter, Sie haben einen Menschen vor sich und kein Tier.“ Daraufhin bekam Herr Sittich einen Schlag-anfall und drohte mit Hinauswerfen. Das Zeugnis hat man dem Jugendgenossen dann endlich geschickt.

Arbeiter, dem hitigen Schwarzen täte eine Abkühlung bringen, not, sonst wird er no-9 kalend.

### Von der Malabaner Hütte.

Hier finden meistens nur solche Arbeiter Beschäftigung, die aus der Umgebung sind und eine kleine Bezahlung haben, während Proleten, die einen Blumentopf als eigene Erde (!) begehren, keine Arbeit finden. Der Unternehmer kann die so-genannten Halbproleten die einen kleinen Ader heiligen, besser auslaugen. Sie küssen sich bei jeder Gelegenheit.

Während des Weltkrieges war dort ein Obermeister be-schäftigt, der nur solche Leute beschäftigte oder rekrutierte, die ihn tüchtig mit Kartoffeln, Speck und anderen Produkten versorgten. Der jetzige Obermeister, ein Antreiber nach dem Geschmack des Unternehmers, wird unerklärlicherweise (?) immer rundlicher.

Wir hoffen, daß sich die Malabaner Proleten mehr wie bisher zusammenschließen zum gemeinsamen Vorgehen gegen ihre Unternehmer.

Mehrere Arbeiter.

### In Dr. Fränkels Fabrik in Neustadt O.-S.

Er geht über Leichen!

Bei jeder Gelegenheit lobt Herr Fränkel wie ein Besessener. Als ehemaliger willelmischer Offizier hat er das Brüllen noch nicht vergessen. Vor ein paar Tagen ist er von seiner Reise aus Amerika zurückgekehrt (seiner Arbitern zahlte er Hungerlöhne). Die amerikanischen Ausbeutermethoden scheinen ihn so begeistert zu haben, daß er die Weber in einer vor-her nie dagewesenen Art schikaniert. Wenn sie aus sehr schlechtem Garn keine gute (!) Ware herstellen können, bekommen sie den Joren des Herrn Fränkel zu hören. Auch seine Meister ver-schon er nicht. Borige Woche ließ er die Meister an-treten (!) und kündigte an, daß er sie alle heraus-schmeißen werde, wenn sie nicht noch größere Antreiber werden, was er sich vorgenommen hat, setzt er auch durch — und wenn es über Leichen geht.

Den Arbeitern in Fränkels Fabrik rufen wir zu: Nehmt den Kampf gegen Fränkel und Konsorten auf und zeigt ihnen, daß ihr nicht gewillt seid, euch länger ausbeuten zu lassen.

Ein Arbeiter.

### Pasha-Methoden bei der Firma Winkler, Wert 1, Lauban.

Bleichmeister Zihle, ein Antreiber schlimmster Sorte, schikaniert die Leute im höchsten Grade. Er schimpft sich „ge-mütlicher Sachse“ und hat schon alle reaktionären Arbeiter mit Hilfe des Betriebsrates auf das Pflaster geworfen. SPD-Betriebsmitglieder, anstatt für die Arbeiter einzutreten, gehen sie gegen jeden vor, der nur wagt, ein Wort wegen schlechten Lohnes zu sagen.

Die Mädchen, die sich von dem Herrn Zihle begriffen lassen, haben Nummer bei ihm. Die anderen Frauen und Männer bezieht er als Faulpelze und anderen schönen Namen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Nehmt in einer Betriebs-versammlung zu diesen und anderen Mißständen Stellung. Zwängt die SPD-Leute, zu erscheinen. Verlangt, daß sie eure Interessen vertreten. Sagt sie davon, wenn sie Euch wieder verraten.

Ein Arbeiter.

### Propagiert für die Betriebsräte-Vollversammlung am 11. Juli.

## Gewerkschaft.

### Die Spaltungsarbeit der Amsterdamer im DGB-Appeln.

Belanulich gehört doch der Bezirk Oberstellen des Deut-schen Eisenbahner-Verbandes in der Mehrheit der Opposition an! Scheffel und Konsorten haben durch den berühmten Scheffelnecht Mist mel den Bezirk durch ihre Ausschlußpolitik zerklüftet. Wie die Demokratie bei diesen Leuten aussieht, dazu bloß ein Beispiel. Zum Kongress des DGB wurde Jendrosch gewählt und Mü-hnel erlebte eine Niederlage. Nur aus Verärgerung hat man Jendrosch ausgeschlossen, damit Jendrosch nicht am Kongress, sowie an Verbandsstad teilnehmen konnte. Endlich hat es die Opposition durchgesetzt und ist von diesem „Rästerer“ befreit worden. Aber kaum ist so eine Garnitur weg, so übernimmt ein anderer die Arbeit. Nicht im Bezirk, sondern hier handelt es sich um die Zahlstelle Appeln. Hier hat die Opposi-tion die Mehrheit und die Ortsgruppe immer auf einer ansehnlichen Höhe gehalten. Der Dombge hat keine lächerliche Stellung eingenommen. Mit Rücksicht auf seine Futterkette wollte er sich mit der Opposition nicht verderben. Aber da beorderte der Hauptvorstand eine Ratione von Kommitä zur Zerstückung der Opposition aus Berlin hierher. Dieser machte den Ortsbeamten auf seine Pflichten als Borge aufmerksam, welche sich aus seinem Anstellungsvertrage mit dem Hauptvorstand ergeben, nämlich Kampf bis aufs Messer der Opposition. Als der Rühn ihn aufmerksam machte, daß dies einem Verklagen der Ortsgruppe gleichläme, sagte der Ober-borge, er solle bloß nicht Angst haben um seine Stellung. Der Hauptvorstand wird hier in Appeln einen Angestellten befohlen und wenn bloß ein paar Mitglieder hier sind, und diesen mühten andere Bezirke eben durchschleppen. Und siehe da, als die Futterrippe geküchert, da wehte ein ganz anderer Wind. Sofort wurden gegen eine Anzahl Mitglieder, darunter drei Ortsverwaltungsmittglieder, den 2. Vorsitzenden und zwei Beisitzer, das Ausschlußverahren eingeleitet. Seit bereits einem halben Jahr ist keine Orts-Verwaltung-er-sicherung, keine Mitgliederberberammlung einbe-rufen. Auf Verlangen wird dies immer abgelehnt mit der Begründung, sonst kommen die Krateler in die Versammlung. Wir fragen hier, wer hat Dir, Rühn, die Ermächtigung zum eigenen Handeln gegeben?

Die Ortsgruppe hat sich wirklich nicht ange stellt. Damit Du alle Tage, wenn vormittags die Kollegen, von deren Schweiß Du lebst, für Deine Frau Grüntram auf dem Markt einkaufen gehst. Schämst Du Dich nicht, wenn die Kollegen dreedig und Speckig, im Schweife arbeiten. Du alle Tage in der Stadt spazieren gehst. Ich glaube, die 240 Mk. monatlich geben Dir die Kollegen wirklich nicht dazu. Wer hat Dir die Ermächtigung gegeben, daß das Büro nur Dienstag und Freitag geöffnet ist. Was machst Du die anderen Tage. Wer hat Dir die Erlaubnis gegeben für die Gewerkschaftsber-ber hier die SPD, Agitationskuren zu machen. Ist das die angebliche parteipolitische Neutralität? Wo wir Funktionäre in einer Sitzung Dich zur Rechenschaft ziehen wollten, verließest Du die Sitzung. Da uns kein anderer Weg mehr bleibt, verlangen wir in der Öffentlichkeit vor allen Arbeitern:

1. Das Verbandsbüro alle Tage wieder zu öffnen, damit wir unsere Geschäfte dort erledigen können.
2. Mit sofortiger Wirkung die Verbandsbibliothek zu öffnen.
3. Daß die Verbandszeitung uns wieder an die Arbeitsstelle zu bringen, damit wir als Funktionäre nicht nach 10 1/2 Stunden Arbeitszeit, die mit Euch eingeführt worden ist, sie von Dir holen brauchen.
4. Einberufung einer sofortigen außerordentlichen Versammlung.

Das ist die Arbeit wozu wir Euch angestellt haben und wozu Du 240 Mk. gegenüber den 90 Mk. der Kollegen her Monat erhältst, aber nicht um Grüntram eingekauft, sondern zur Vertretung unserer Interessen.

Die Funktionäre der Ortsgruppe des DGB, Appeln.

### Neuer Beitrag zur arbeiterfeindlichen Haltung der SPD.

Bei der diesjährigen Tagung der Deutschen Kommu-nalen Arbeiter in Rostock, an der die deutschen Städte, Landkreise, Landgemeinden und provinziellen Verwaltungen usw. vertreten sind, wurde die übliche Arbeitgeberresolution angenommen. Sie besagt, daß die Verammlung die Auffassung des Vorstandes billigt, wonach beim Abschluß eines neuen Reichsmantelvertrages insbesondere auf die durch die außerordent-liche Lage begründeten schwierigen wirtschaftlichen und finan-ziellen Verhältnisse der Gemeinden — also Zwölftunden-arbeitstag, Abbau der Löhne und Gehälter — Rücksicht zu nehmen ist.

Das bedeutet, in die proletarische Sprache ausgedrückt: schärfste Herberforderung des Herrenstandpunktes, Befestigung der noch wenigen vorhandenen Rechte der Kommunalarbeiter und Beamten.

Bemerkenswert ist hier, daß Sozialdemokraten, die zum großen Teil Vertreter der Städte, Gemeinden usw. waren, keinen Widerspruch erhoben.

### Rußland wird der Ernteschwierigkeiten Herr.

Ein von Krow unterzeichnetes Regierungskommunique teilt auf Grund sorgfältig durch die Regierung geprüfter Meldungen mit, daß die Ernte der wichtigsten Getreidearten 2786 Millionen Rub, d. h. ungefähr soviel wie die vorjährige, betragen wird. Ebenso wird im vorigen Jahre ohne jeden Rückteil für das Land 209 Millionen Rub Getreide exportiert wurden, verfügt das Land auch jetzt über genügende Getreidevorräte für den Bedarf der Bevölkerung, das Besaen der Felder und den Aus-landexport. Die im ganzen besitzende Ernte der Sowjet-union litt unter der Dürre in dem Jarziner, der Michaner, dem Stawropol-Gouvernement und in der Republik der Deutsche an der Wolga. Das von der Dürre und der Mähernte heimgesuchte Gebiet umfaßt 5 1/2 Millionen Hektar. Die Re-gierung und das Land sind vollständig in der Lage, irgendwel-chen Rückschlüssen in den von der Dürre betroffenen Gegenden vorzubeugen und die Saatflächen dieser Gegenden vollständig für die kommende Ernte zu bewahren.

Die von der Regierung gebildete Kommission unter dem Vorsitz Krow's und Teilnahmen Krallins, des Volkskommissars für Aderbau, Swirnow, des Volkskommissars für Innenhandel, Oejawa, und anderer, erachtete Maßnahmen zur Konzentrierung reicherer Getreidevorräte aus dem Regierungsfonds in den betroffenen Gegenden, zwecks Entlastung der Getreidepreise in diesen Gegenden. Die Kommission wird eine unmittelbare Lebensmittelausschüttung überall dort einleiten, wo es notwendig sein wird. Die reaktionären Elemente der Partei, die sich durch den auf den Zustand der Transportes gegen die Arbeiter, daß diese Maßnahmen erfolgreich sein werden und die Folgen einer Teuerung nicht vollkommen behoben sein werden.



Breslau.

Stadtverordneten-Versammlung.

Kommunikate für Erhöhung der Nachverträge, Verbilligung der Marktstandsgebühren — Ausschaltung des Zwischenhandels auf dem Frühlmarkt — Kostenlose Verbilligung der Minderbemittelten.

Zuerst erfolgte die Aufspaltung der neugewählten Stadträte, der die Verammlung, stehend befolgte. Nur die Kommunisten zeigten durch Stehenbleiben auf ihren Plätzen, daß sie mit diesem Verfahren nichts zu tun haben.

Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher wünschte auch für die Zukunft ein friedliches Zusammenarbeiten der beiden Körperlichkeiten, wie dies bis jetzt der Fall gewesen ist. Wieder hatten die Sozialdemokraten die Mehrheit und sie waren so sehr darauf bedacht, mit dem Bürgertum zusammenzuarbeiten, was ihnen in so reichem Maße gelang, daß es der Breslauer Arbeiterklasse trotz Revolution 1918 nicht besser gegangen ist.

Nach Erledigung von einzelnen kleinen Vorlagen und Anträgen sprach unter Genosse Moser zu dem Ausschussantrag zur Verbilligung des Nachvertrages der Schleierberggewerkschaft für das Jahr 1924 auf 8000 Mark.

Genosse Moser beantragte, daß die Miete auf 62 Prozent (zuletzt 9000 Mk.) der Jahresmiete festgesetzt wird. Er begründete es, indem er sagte: Auf die minderbemittelte Bevölkerung nimmt kein Hausbesitzer Rücksicht. Wenn ein Gewerkschafter oder Kurzarbeiter keine Miete nicht bezahlen kann, wirft man ihn einfach auf die Straße. Sein Antrag wurde abgelehnt.

Dann trat die Verammlung in die Fortberaterung des Haushaltsplanes ein. Bei dem Einzeletat über das Marktwesen verlangte Genosse Moser,

daß der im Etat vorgesehene Nebenlohn von 124 000 Mark vermindert und dadurch die Standgelber in den Marktständen und Frühmärkten herabgesetzt werden, um eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte und der Lebensmittel herbeizuführen.

Ferner verlangt er, daß der sich immer mehr ausbreitende Zwischengand auf dem Frühlmarkt verschwindet. Die Großhändler halten die Wagen zum Teil schon auf den Zufahrstraßen an. Besonders jetzt in der Kirchzeit kann lästlich beobachtet werden, wie frühmorgens Hunderte von Zentnern Karren von Großhändlern aufgefährt werden, auf die Bahn verladen und so der Breslauer Bevölkerung verloren gehen. Ferner verlangt er, daß der Magistrat dafür sorgt, daß die grüne Polizei, welche den Ordnungsdienst hat, alle acht Tage gewechselt wird, da es Schande ist,

daß sich Zwischenhändler und Polizeibeamte betrüben. Seine Eingaben an das Polizeipräsidium waren bisher ohne Erfolg.

Frey (SPD) tritt für den baldigen Bau einer Zentralmarkthalle ein. Er kritisiert das Verhalten der Behörden zu diesem schon längst beschlossenen Plan.

Obbürgermeister Wagner antwortet persönlich, sagt viel und auch richtig.

Genosse Moser: Der Oberbürgermeister hat auf meine Anfragen und Anträge keine Antwort gegeben. Ich wiederhole noch einmal: Der Zwischengand muß verschwinden, Herabsetzung der Marktstandspreise, Herabsetzung der Polizeibeamten, die alle acht Tage gewechselt werden müssen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Das (SPD) tritt für den Bau eines Krematoriums ein. Genosse Moser bringt einen Zusatzantrag, daß ab 1. Oktober 1924 der Magistrat die unentgeltliche Totenbestattung der Minderbemittelten einrichtet. Unter freigelegtem Entschuldigungsrecht der Bürgerlichen macht er auf die Zustände aufmerksam, daß Konfessionslose wie Hunde in Sänen verpackt werden. Heute können sich die wenigsten Leichenbegängnisse leisten. Wer Geld hat, wird beerdigt. Die Kirche sogar verlangt das Geld im voraus. Wo bleibt da die christliche Nächstenliebe? (Große Enttäuschung beim Publikum.) Der Stadtverordnetenvorsteher rügt die Anträge Mosers auf die Konfessionen. Der Zusatzantrag des Genossen Moser wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Bei dem Etat der Wohlfahrtspflege sprach Jzl. Jils (SPD). Dr. Schischel (Zentrum) will im Wohlfahrtsamt nicht konfessionelle Beamte, sondern nur soziale und ergibt sich noch in weiteren bürgerlichen Erörterungen. Von Genossen Moser darauf durch Zwischensätze unterbrochen, sieht er sich unter Zwängen der Verammlung genötigt, zu sagen: Herr Stadtverordnetenvorsteher, nehmen Sie mich gegen Moser in Schutz. Moser unterschlägt mich so, daß ich nicht reden kann. (Schonend: Zwischenrufe sind erlaubt.) Bei der Abstimmung ist Genosse Moser den Deutschhörnlichen zu.

„Der Sozialsozial, steht doch auf, Ihr seid doch sozial.“ (Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz.

An alle Zeitungspolporteuere!

Die Beträge für die rote Quittung für die politischen Gefangenen müssen unter allen Umständen auf der Rückseite der Zahlkarte besonders aufgeführt werden, da sonst eine geregelte Abführung der Beträge sehr erschwert wird. Expedition der „Schleisschen Arbeiterzeitung“.

Waldenburg. Vorwärts trotz alledem! Eine Kreismitgliederversammlung der R. D. des Kreises Waldenburg beschäftigte sich mit der Annahme des Sachverständigen-Berichts des Genossen Werner referierte. Alle anwesenden Jugendgenossen saßen ein, daß mit der eintreffenden Passivität in den Reihen der Organisation gebrochen werden muß, daß alle Kräfte angepannt werden müssen. Hier im Industrierevier müssen den Jugendlichen die Gefahren ihrer Zukunft vor Augen gehalten werden. Es wurde festgestellt, obwohl wir zahlenmäßig schwach sind, daß in den vergangenen Kämpfen alles getan wurde um die Jugend-Arbeiterkraft mit zu mobilisieren, während die zahlenmäßig stärkere S. D. J. niemals nachweilen kann, daß sie in dem hiesigen Revier ernsthafte Kämpfe der Jugend-Arbeiterkraft führen wollte. Organisatorisch sah die Versammlung wichtige Beschlüsse, die dazu dienen werden, die R. D. noch fester zu gestalten als bisher. Vor allem halten jetzt die Ortsgruppen Waldenburg-Wiawasser gemeinsam ihre Versammlungen Montag immer am Donnerstag, in „Präsidenten“ ab.

Die Jungarbeiter, die tagein tagaus Kustern müssen für niedrigen Lohn, fordern wir hiermit auf, in unsere nächste Versammlung, am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr ins Restaurant zum „Präsidenten“ zu kommen. Nur gehärt, um das rote Banner der Rebellion, und Vorwärts trotz alledem!

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes. Auf der Tagesordnung war vorgeschrieben: Bericht von der Generalversammlung, Anträge und Beschließungen. Nach Verlesen des letzten Protokolls stellte Kamerad Pöschel (SPD) die Anfrage, ob das Verhalten der Verbandfunktionäre, welche am 1. Mai gearbeitet haben, einer gehörigen Kritik unterzogen worden ist. Kamerad Erbe gab die Erklärung ab, daß bis jetzt noch nichts geschehen sei, aber bei einer demnächst stattfindenden Funktionsfeier, welche sich mit Fragen zum Gewerkschaftsfest zu beschäftigen habe, mit zur Sprache kommen soll. Darauf gab Kamerad Erbe, welcher als Delegierter zur Generalversammlung war, Bericht. In der Diskussion stellt Kamerad Scholz fest, daß auf dem Verbandstage eine milde Kommunistenbeurteilung eingelegt habe. Dies ist auch ein Beweis, daß von einer Aenderung der bisherigen Politik nichts zu hören sei. Er brachte auch einige Anträge aus dem Bericht der „Schleisschen Arbeiterzeitung“ und wies darauf hin, daß dem Kameraden Dutschmann, welcher sich gegen die Begrüßungsansprüche der Regierungsvertreter wandte, das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilt wurde. Demgegenüber äußerte sich Kamerad Unger, wenn die Opposition nicht härter vertreten sei, läge es an der Arbeit der Opposition selbst. Ein Beweis, daß die Mehrheit der Mitglieder mit uns nicht einverstanden sei. Kamerad Scholz sagte, daß der Opposition das Arbeiten schwer gemacht würde. Kameraden, welche sich auf die Seite der Opposition setzen lassen, werden ganz einfach aus dem Verband ausgeschlossen (siehe neuerdings den Fall Kleber und Künze in Langwaltersdorf). Im Schlußwort sagte Erbe u. a., daß im Verlauf der weiteren Verhandlungen sich Kamerad Dutschmann, welcher von der Opposition als haupttäterlicher Wortführer vorgelassen worden war, sich immer mehr als Hornochse entpuppt habe. Daraufhin warf Kamerad Scholz sein Mitgliederbuch auf den Vorstandstisch mit den Worten: „Arbeiter nur weiter so!“ verließ er das Lokal.

Mir müssen dem Kameraden Scholz mit aller Deutlichkeit sagen, daß er durch seine Fahnenflucht nur die reformmilitäre Führung im B. F. J. stärkt. Opposition lie Kollegen haben im Verband zu bleiben, sie dürfen sich durch Schikanierungen, Beleidigungen und andere schone Kampfmittel der sogenannten Gewerkschaftsführer nicht abhalten lassen, für den Eien der Opposition zu kämpfen. Es ist Fahnenflucht vor dem Feinde, Kollege Scholz!

Trotz alledem!

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Fellhammer. Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Melber-Hermsdorf. Gemet n der Vertretung. Die Sitzung bestand aus zehn Punkten. Der erste Punkt führte zu einer langen Aussprache, bei der es sich wieder um die Veruntreuung von zwei Beamten handelte. Dem Antrag, die zwei untreuen Beamten abzuhängen, wurde auch stattgegeben. Im Punkt 7 entwickelte sich ebenfalls eine lange Aussprache, da die zwei untreuen Beamten für zwei in Zellen gehende Beamte einbringen sollten, was natürlich abgelehnt wurde. (Man wundert sich, daß der Gemeindevorstand sich noch erdreisten kann, derartige Beamte unterzubringen.) Dem Antrag: Bewilligung der Kosten zur Einführung von Sportunterricht an den Volksschulen, wurde zugestimmt, und zwar, daß an dem ersten Unterricht 30 Kinder teilnehmen sollen.

Heben. Unsere Zeitungsartikel haben durchschlagenden Erfolg. Die friedlichen Bürger sind aus ihrer Ruhe aufgestört. Von einem Genossen zum anderen rennen sie um die „Schleisschen Arbeiterzeitung“ zu ergattern. Es wäre gewiß angebracht, ihr Bürger Diebaus, ihr abonniert die Zeitung selbst, ihr habt dabei den Vorteil, daß ihr die Wahrheit über euch aus erster Hand empfangt und braucht nicht herumzuströmen, um ein Blatt zu erbischen. Wendet euch nur vertrauensvoll an die Parteigenossen. Sollte jemand zufällig nicht im Besitze einer Kommunistenadresse sein, so wird ihm das hiesige Polizeibureau, mit Herrn Polizeisekretär Klenner an der Spitze, bereitwillig Auskunft erteilen. Sonst kommt es unseren Genossen trotz Kurzarbeit auf eine Zeitung auch nicht an.

Das Stahlhelmfest hier wäre nicht richtig gewesen, wenn es nicht Vorbildungen vor die nächste Obrigkeit gerechnet hätte. 10 Genossen mußten am Mittwoch von dem Kabi sich vernehmen lassen, warum sie bei dem verbotenen Umzug waren. Die Genossen erkundigten sich erst teilnehmend ob auch Stahlhelmer eingeladen wären. Dies wurde bejaht, ob sie bestraft werden, ist eine andere Frage, denn es sind ja keine Kommunisten.

Der Herr Landrat, welcher genießender Ehrengast des Stahlhelms war, wird, da er sich von dem geschlossenen Umzug gewiß aufs strengste gegen diese Provokateure vorgehen, in er hoch republikanischer Beamter. Wer's glaubt, wird selb und lasse sich gleich dreimal in Ruhmst eingeben.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen. Der Genosse Bruno Weichert, beschäftigt auf der Bahn, bewohnt eine Wohnung, von der erklärt wird, daß es sich um eine durch Neubau geschaffene Wohnung handle, welche nicht unter das Mietgesetz falle. Aus dieser Wohnung ist nun der Genosse herausgeholt worden, damit die Wohnung frei für Verwandte des Besitzers wird. Der Genosse hat am 9. Juli in dieser Sache Termin vor dem Amtsgericht. Bemerkenswert ist, daß der Besitzer und sein Anwalt dem Genossen ein Schreiben zugesandt haben, in dem sie sich erbitten, alle bisherigen gerichtlichen Kosten zu tragen, wenn der Genosse die Wohnung räume. Dies bezeugt, wie geschwindig sie die Sache selbst halten. Da dem Genossen von der Gemeinde keine andere Wohnung verschafft wird, muß er auf der Straße wohnen. So stark fühlen sich heute schon wieder die Hausbesitzer.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Straßberg. Kommunisten können auf der Straße wohnen.

Gewerkschaften

Verammlungs-Kalender

Gewerkschaften

Beachtet Sinerenten! bei allen Einständen immer nur unsere Sinerenten!

Rasierern, Haarschneiden Paul Volkmer

Ein Versuch Rauchtabelle

Gut. Privatmittagschawilk. Kupfer Schmiedestr. 25

„Sichel und Hammer“ Nr. 9 erscheint soden!

Achtung! Literaturobleute! Hier Jahre politischer Wurd